

6074/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Moser, Freundinnen und Freunde haben am 2. Juni 1999 unter der Nr. 6392/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Reform der Lehrlingsausbildung gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 8:

Zunächst möchte ich festhalten, daß die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit eine meiner wichtigsten politischen Zielsetzungen ist. Eine besondere Rolle kommt dabei der Sicherung der Jugendbeschäftigung und der Lehrausbildung von Jugendlichen zu.

Seit Beginn der Lehrlingsoffensive im Jahr 1997 wurde eine Vielzahl von Maßnahmen gesetzt, mit dem Ziel, allen Jugendlichen eine Chance auf eine qualifizierte Ausbildung zu eröffnen. Die Maßnahmen reichen von Verbesserungen im Rahmenrecht für Lehrausbildungen, über die Einführung vieler neuer Lehrberufe bis hin zu massiven Kostenentlastungen für die

Ausbildungsbetriebe und die Errichtung eines Auffangnetzes für jene Jugendlichen, die keine betriebliche Lehrstelle finden konnten.

Die Ergebnisse zeigen, daß die gewählte Herangehensweise an das Lehrlingsproblem richtig war. Der seit langem zu beobachtende Trend des Rückgangs der Lehrstellen konnte gestoppt und sogar deutlich umgekehrt werden.

Die Zahl der Lehranfänger lag im letzten Jahr vor Beginn der Lehrlingsoffensive (1996) bei 37.000. 1998 haben hingegen 39.000 Jugendliche eine Lehrausbildung in einem Betrieb begonnen, dazu kamen über 3.000 Jugendliche, die eine qualifizierte Ausbildungsstelle im „Auffangnetz“ gefunden haben.

In Summe haben damit 1998 mehr als 5.000 mehr Jugendliche eine Berufsausbildung begonnen als 1996. Vergleicht man die Zahl der Ausbildungsanfänger des Jahres 1998 mit Prognosen, die vor Beginn der Lehrlingsoffensive einen weiteren Rückgang der Zahl der Lehrstellen vorausgesagt haben, so werden die positiven Effekte der Lehrlingsoffensive sogar noch deutlicher.

In den 1997 und 1998 neu eingeführten Lehrberufen wurden per Ende Mai 1999 bereits insgesamt 2.139 Lehrverträge gezählt. Rund 1.600 Betriebe haben in den neuen Lehrberufen bei den Lehrlingsstellen ein Verfahren zur Feststellung der Ausbildungseignung beantragt.

1999 ist aufgrund der gesetzten Maßnahmen zu erwarten, daß allen lehrstellensuchenden Jugendlichen ein Ausbildungsplatz angeboten werden kann.

Trotz all dieser Erfolge ist klar, daß die Reformen im Bereich der Jugendausbildung fortgeführt werden müssen. Die Zielsetzung, allen Jugendlichen eine Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung zu bieten, muß dabei auch in Zukunft oberste Leitlinie dieser Reformen sein.

Was das Vorhaben der Verankerung eines „Grundrechts auf Ausbildung bis zur Vollendung des 19. Lebensjahres“ in der österreichischen Bundesverfassung betrifft, so ist vorstellbar, daß davon eine gewisse zusätzliche Signalwirkung ausgehen könnte. Zu bedenken ist aber, daß ein „Grundrecht auf Ausbildung“ - auch wenn es über die derzeit in Art. 18 StGG enthaltene Garantie hinausgeht - fürs erste wohl nur wenig an dem Problem ändern könnte, von dem in der vorliegenden Anfrage offenbar ausgegangen wird.

Für die Jugendlichen ist letztlich entscheidend, ob genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und ob auf den Ausbildungsplätzen eine qualifizierte Ausbildung geboten wird. Darüber hinaus ist für sie natürlich auch von Bedeutung, ob genügend Arbeitsplätze vorhanden sind, um die erworbenen Qualifikationen dann auch einsetzen zu können.

Die von der Bundesregierung eingeschlagene Strategie hat sich zur Erreichung dieser Zielsetzungen als erfolgreich erwiesen.

Die Sicherstellung einer ausreichenden Zahl qualifizierter Ausbildungsplätze wird dabei vor allem durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Lehrausbildung in den Betrieben zu erreichen versucht. Da trotz aller Bemühungen derzeit nicht für alle Jugendlichen, die eine betriebliche Lehrstelle wünschen, eine solche zur Verfügung steht, (nicht zuletzt ist das darauf zurückzuführen, daß geburtenstarke Jahrgänge auf den Lehrstellenmarkt drängen) wurde zusätzlich ein „Auffangnetz“ mit bis zu 4.000 Ausbildungsplätzen eingerichtet.

Wie eingangs dargestellt, haben diese Maßnahmen zu ganz klar erkennbaren Erfolgen geführt.

Als erfolgreich haben sich auch die Anstrengungen der Bundesregierung zur allgemeinen Verbesserung der Arbeitsmarktlage erwiesen. Ende Juni 1999 lag die Zahl der Beschäftigten um beinahe 35.000 höher als vor einem Jahr, gleichzeitig ist die Zahl der Arbeitslosen um über 20.000 gesunken.

Im Vergleich zu 1997 stellte sich 1998 eine weitere Verbesserung am Jugend - arbeitsmarkt ein. Die Jugendarbeitslosigkeit ist im Jahresschnitt um 3,9 Prozentpunkte oder 1.475 Personen gesunken.

Bei der Arbeitslosenquote der Jugendlichen liegt Österreich EU - weit am besten. Auch diese positiven Entwicklungen sind für die Aussichten der Jugendlichen auf einen Lehrplatz und für ihre späteren Chancen am Arbeitsmarkt von großer Bedeutung.

Zu den Fragen 2 bis 7:

Diese Fragen fallen zum Teil in den Zuständigkeitsbereich des Bundes - ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Ich verweise daher auf die Beantwortungen zu den parlamentarischen Anfragen Nr. 6393/J, 6394/J und 6395/J.